



# **GESCHLECHTER- GLEICHSTELLUNG UND FRAUENRECHTE**



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



# VORWORT

Als progressive politische Kraft sind wir uns der Tatsache bewusst, dass Sexismus und Diskriminierung weit verbreitet sind und unsere Gesellschaft prägen. Wir, die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, wollen dies ändern. Unsere Vision für Europa ist eine feministische. Wir wollen, dass alle Menschen in Würde leben können, für uns ist die Gleichstellung von Mann und Frau Grundlage der Demokratie.

Wir werden es nicht dulden, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen untergraben werden, weder von konservativen oder rechtsgerichteten Regierungen noch von antidemokratischen Bewegungen in aller Welt. Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte sind wesentliche Bestandteile jeder demokratischen Gesellschaft, weshalb wir sie fördern, verteidigen und schützen müssen.

Dieses Positionspapier und die Frauenrechtscharta sind unser Plan, unser Bekenntnis und unser Versprechen an alle Frauen und Mädchen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte sind Kernthemen der S&D-Fraktion. Es sind unsere Prioritäten und Grundwerte, für die wir eintreten, weil wir wissen, dass geschlechtergerechte Gesellschaften nicht nur für Frauen von Vorteil sind. Sie bringen mehr Glück, Gesundheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle Menschen in unserer Gesellschaft.



**Helène Fritzon**



**Robert Biedron**



**Iratxe García Pérez**



**Maria Noichl**



**Evelyn Regner**

# Inhaltsverzeichnis

Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter – Grundlage der Demokratie, nicht nur ein Sahnehäubchen	<b>05</b>
Europäische Frauenrechtscharta	<b>07</b>
Schluss mit Stereotypen! Für ein diskriminierungsfreies Europa	<b>08</b>
Mein Körper – meine Rechte!	<b>10</b>
Mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen	<b>15</b>
Abschaffung geschlechtsspezifischer Verzerrungen im Steuerwesen	<b>20</b>
Paritätische Vertretung von Frauen	<b>21</b>
Schluss mit dem Kreislauf der Gewalt!	<b>25</b>
Die Geschlechterperspektive macht die Zukunft grüner	<b>27</b>
Geschlechtersensibler digitaler Wandel	<b>30</b>
Feministische Aussenpolitik	<b>31</b>
Politik, die Frauen nützt	<b>35</b>



# FRAUENRECHTE UND GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER – GRUNDLAGE DER DEMOKRATIE, NICHT NUR EIN SAHNEHÄUBCHEN

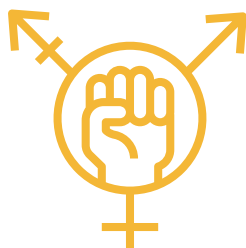
Als Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament streben wir danach, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Für uns ist die Geschlechtergleichstellung die Grundlage der Demokratie, nicht das Sahnehäubchen

Als Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament streben wir danach, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Für uns ist die Geschlechtergleichstellung die Grundlage der Demokratie, nicht das Sahnehäubchen.

Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte sind unverzichtbare und untrennbare Bestandteile der Menschenrechte. Sie sind Grundlage der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene und somit bestens als Indikatoren für die Gesundheit und Resilienz unserer Demokratien geeignet. Die Geschlechtergleichstellung geht daher nicht nur Frauen an, sondern alle Mitbürger:innen und die Gesellschaft insgesamt. Um sie zu erreichen, braucht es nicht nur Frauen und Mädchen, sondern auch Männer und Jungen. Wir machen Politik für alle, wertschätzen Vielfalt und kämpfen für die Gleichstellung, weil niemand frei ist, solange nicht alle frei sind. Zu unseren Prioritäten zählen die Stärkung von Frauen und der Schutz von Frauenrechten und Aktivist:innen innerhalb und außerhalb der EU.

Wir erleben, wie die Rechte von Frauen und queeren Personen weltweit und auch in der Europäischen Union zurückgedrängt werden – ein Phänomen, das zweifelsfrei mit der Zunahme kapitalkräftiger fundamentalistischer und rechtsgerichteter länderübergreifender Gruppierungen zusammenhängt. Diese gut organisierten Anti-Gender-Bewegungen versuchen, den Rechtsstaat auszuhöhlen und gesellschaftliche und politische Hierarchien zu fördern, die ihnen dienlich sind. Es ist wichtig, dass wir diese Gruppen – und die Bedrohung, die sie für die Rechte von Frauen und der LGBTIQ+-Community darstellen – als Zeichen für das Anwachsen breiterer antidemokratischer Entwicklungen verstehen. Wir sind nicht gewillt, Rückschritte bei den Rechten von Frauen und queeren Personen hinzunehmen.



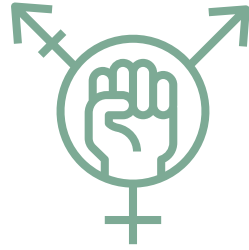


# EUROPÄISCHE FRAUENRECHTSCHARTA

Wir rufen die EU-Kommission dazu auf, eine Europäische Frauenrechtscharta vorzulegen. Sie soll europaweit einheitliche Frauenrechtsstandards definieren und bei der Ausführung und Umsetzung von EU-Vorschriften auf europäischer und nationaler Ebene als Gleichstellungsleitfaden dienen.

Es gibt kein Zurück ins vorige Jahrhundert. Wir sind entschlossen, das Erreichte zu bewahren und auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Europäischen Union schneller voranzukommen. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, werden wir die Gleichstellung der Geschlechter in der EU laut Gleichstellungsindex erst in circa 60 Jahren erreichen. **Wir rufen die EU-Kommission daher dazu auf, eine Europäische Frauenrechtscharta vorzulegen.** Sie soll europaweit einheitliche Frauenrechtsstandards definieren und bei der Ausführung und Umsetzung von EU-Vorschriften auf europäischer und nationaler Ebene als Gleichstellungsleitfaden dienen. Sie ist ein Grundrechtekatalog, der den allgemeinen Zugang zur universellen Beziehungs- und Sexualerziehung, zu Verhütungsmitteln, sexueller und reproduktiver Gesundheit und den zugehörigen Rechten, darunter sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche und europäische Betreuungsstandards rund um Schwangerschaft und Geburt, sowie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit festschreibt und ehrgeizige Vorschläge enthält, die Frauen politische und wirtschaftliche Macht verleihen. Die Charta gibt allen Frauen und Mädchen dieselben Rechte, ganz gleich, wo in der EU sie leben. Sie untermauert das Bekenntnis der Union zur Geschlechtergleichstellung sowie zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte von Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt und trägt dazu bei, Rückschritte beim Zugang und bei der Ausübung dieser Rechte zu verhindern.





# SCHLUSS MIT STEREOTYPEN! FÜR EIN DISKRIMINIERUNGS- FREIES EUROPA

Echte Geschlechtergleichstellung erfordert einen intersektionellen Ansatz. Frauen in all ihrer Vielfalt erleben tagtäglich verschiedene Formen von Diskriminierung sowie Mehrfachdiskriminierung, die die bestehenden geschlechtsspezifischen Zerrbilder noch verstärken.

Schädliche Geschlechterstereotypen, die im patriarchalischen System verwurzelt sind, sind eine der Hauptursachen für die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und die Hemmnisse bei der Verwirklichung der Frauenrechte, die zu wirtschaftlicher Abhängigkeit von Frauen, Gewalt, Chancenungleichheit, zur Unterrepräsentation von Frauen in Politik und Wirtschaft und zur Behinderung ihrer körperlichen Unversehrtheit führen. Diese Stereotypen schränken aber auch Jungen und Männer ein, da diese im Patriarchat und einer toxischen Männlichkeit verwurzelt sind.

Echte Geschlechtergleichstellung erfordert einen intersektionellen Ansatz. Frauen in all ihrer Vielfalt – ob lesbisch oder queer, Geflüchtete oder Migrantinnen, behindert oder älter, Angehörige ethnischer Minderheiten oder wirtschaftlich benachteiligt – erleben tagtäglich verschiedene Formen von Diskriminierung sowie Mehrfachdiskriminierung, die die bestehenden geschlechtsspezifischen Zerrbilder noch verstärken.

Wir freuen uns, dass die Kommission **Maßnahmen zur Kriminalisierung von Hassreden und Hassverbrechen in der EU** unter Berücksichtigung der Geschlechterdimension eingeleitet hat. Nun ist es am Europäischen Rat, die **horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie** endlich zu verabschieden!

**Die EU ist ein Freiheitsraum für LGBTIQ+-Personen und muss es auch bleiben!** Wir empfehlen der Kommission dringend, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, **um allen Familien Freizügigkeit zu gewährleisten. Außerdem fordern wir die Mitgliedstaaten auf, Gesetze zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen und Partnerschaften und zur EU-weiten Elternschaft zu erlassen,** damit das Recht auf ein diskriminierungsfreies Privat- und



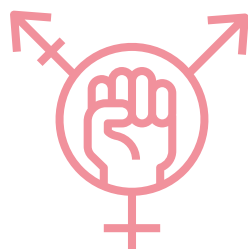
Es ist wichtig, gegen diese Stereotypen in Schulen vorzugehen, um die Sexual- und Beziehungserziehung und die Gewaltprävention durch geschlechtersensible Aufklärungsprogramme für Jungen und Mädchen zu verbessern.

Familienleben vollständig gewahrt wird. Wir appellieren an die Kommission, **Schulungsprogramme für Strafverfolgungs- und Justizbehörden** und einschlägige EU-Agenturen zu unterstützen, um diskriminierende Praktiken und Hassverbrechen zu verhindern und zu bekämpfen. Wir fordern, **LGBTIQ+-freie Zonen als Verstoß gegen die Freizügigkeit und das Aufenthaltsrecht in der EU anzuerkennen**. Des Weiteren fordern wir eine internationale Konvention zum Schutz der Rechte und Freiheiten von LGBTIQ+-Personen, da ein solches Instrument noch immer nicht existiert.

Schädliche Geschlechterstereotypen und -normen sind nicht angeboren. Deshalb müssen wir von klein auf präventiv vorgehen. Es ist wichtig, gegen diese Stereotypen in Schulen vorzugehen, um die Sexual- und Beziehungserziehung und die Gewaltprävention durch **geschlechtersensible Aufklärungsprogramme** für Jungen und Mädchen zu verbessern.

Ein nennenswertes Projekt ist hier der neue **Europäische Bildungsraum**, der über eine Hauptachse verfügt, bei der es um Inklusion und Geschlechtergleichstellung geht. Im Rahmen der bis 2025 geplanten Umsetzung dieses Bildungsraums sollten die Schul- und Ausbildungsverantwortlichen darauf hinarbeiten, eine größere Geschlechtersensibilität in die Unterrichtsprozesse einzubauen, geschlechtsspezifische Stereotypen und Diskriminierung zu bekämpfen und die Kluft zwischen den Geschlechtern in Führungspositionen zu überwinden.

Wir bestehen darauf, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung auch **Bildungskampagnen** mit einbeziehen. Außerdem sollte die Kommission eine **jährliche Kampagne gegen Geschlechterstereotypen** auflegen, bei der jedes Jahr ein anderer Bereich der Diskriminierung im Fokus steht. Die Kampagnen müssen darauf abzielen, das Bewusstsein für die schädlichen Auswirkungen dieser Stereotypen zu schärfen, Mythen zu entlarven, Mädchen und Frauen zu befähigen, ihr Potenzial auszuschöpfen, und Jungen und Männer in die Lage zu versetzen, an ihrer Seite zu stehen und sich von schädlichen Geschlechterrollen und toxischer Männlichkeit zu befreien.



## MEIN KÖRPER — MEINE RECHTE!

Die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte (SRGR) sind ein grundlegendes Menschenrecht, dessen Verwirklichung ein wesentliches Element der Menschenwürde und eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Geschlechtergleichstellung ist.

Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte beginnen mit der freien Entscheidung über den eigenen Körper und das eigene Leben. Die körperliche Unversehrtheit, die Privatsphäre und die persönliche Autonomie müssen jederzeit respektiert werden.

Die Entscheidung über sexuelle Handlungen, Heirat, Kinder und Familiengröße ist von jeder Person selbst zu treffen und sollte nicht von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Stellung abhängen. Keine Frau sollte zu einer ungeplanten Elternschaft oder zur Fortsetzung einer ungewollten Schwangerschaft gezwungen werden. Niemand sollte während der Geburt sterben oder medizinischen Zwangsmaßnahmen unterworfen werden. Dasselbe gilt auch für sogenannte „korrigierende“ Vergewaltigungen, Verstümmelungen und Ausbeutung. Die S&D-Fraktion **verurteilt schädliche Praktiken** wie **weibliche Genitalverstümmelung, intersexuelle Genitalverstümmelung sowie Kinder-, Früh- und Zwangsheiraten** aufs Schärfste. Ebenso **nachdrücklich verurteilen wir Gewalt in der Geburtshilfe und Gynäkologie**, die in Europa immer weiter um sich greift.

**Die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte (SRGR) sind ein grundlegendes Menschenrecht**, dessen Verwirklichung ein wesentliches Element der Menschenwürde und **eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Geschlechtergleichstellung** ist. Die Informationen, Ressourcen, Dienstleistungen und Hilfen, die nötig sind, um diese Rechte ein Leben lang ohne Diskriminierung, Zwang, Ausbeutung und Gewalt ausüben zu können, müssen universell zugänglich sein. Die Kultur des Einvernehmens muss zur Norm werden.

Die Zahlen zeigen, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen deren Anzahl nicht verringert, sondern Frauen lediglich dazu zwingt, Abtreibungen heimlich vorzunehmen, bei denen sie ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen, oder dafür ins Ausland zu reisen, falls sie die Mittel dazu haben. Dies ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte und eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt! Die Anzahl ungewollter Schwangerschaften lässt sich nur durch Bildung, Aufklärung und den Zugang zu Verhütungsmitteln für Männer und Frauen reduzieren.



Frauen haben ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die freie Entscheidung darüber muss gewahrt bleiben und den auf objektive Informationen gestützten Wunsch der Frau und ihren eigenen freien Willen ausdrücken, ohne dass Kosten ins Spiel kommen.

Wir verurteilen die Rückschritte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Frauen, die weltweit und in bestimmten EU-Mitgliedstaaten zu beobachten sind. Die S&D-Fraktion wird nicht hinnehmen, dass die Gegner dieser Rechte weitere restriktive Maßnahmen ergreifen oder nationale Interessen oder den demografischen Wandel dazu nutzen, die Rechte von Frauen zu untergraben.

Frauen haben ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die freie Entscheidung darüber muss gewahrt bleiben und den auf objektive Informationen gestützten Wunsch der Frau und ihren eigenen freien Willen ausdrücken, ohne dass Kosten ins Spiel kommen. Die Entscheidung darf niemals an eine Ablehnung durch medizinisches Fachpersonal gebunden sein, das sich auf die sogenannte Gewissensklausel, die Beratungspflicht, bürokratische Auflagen oder eine mögliche Wartezeit beruft. Der Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Schwangerschaftsabbrüchen und zu kostenlosen, sicheren und modernen Verhütungsmitteln ist nicht nur eine Frage der Gesundheit, sondern auch der Grundrechte von Frauen.

Wir fordern alle EU-Mitgliedstaaten dringend dazu auf, **universellen Zugang** zu einer altersgerechten und evidenzbasierten **Beziehungs- und Sexualerziehung**, einer Reihe hochwertiger, leicht zugänglicher und erschwinglicher **moderner Verhütungsmethoden und -mittel**, **Beratung zur Familienplanung**, **Aufklärung zur Empfängnisverhütung** sowie zu einer **kostenlosen, sicheren und legalen Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen** zu geben.

Wir fordern alle EU-Mitgliedstaaten dringend dazu auf, universellen Zugang zu einer altersgerechten und evidenzbasierten Beziehungs- und Sexualerziehung, einer Reihe hochwertiger, leicht zugänglicher und erschwinglicher moderner Verhütungsmethoden und -mittel, Beratung zur Familienplanung, Aufklärung zur Empfängnisverhütung sowie zu einer kostenlosen, sicheren und legalen Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen zu geben.

Deswegen **fordern wir, das Recht auf einen sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch in die EU-Grundrechtecharta aufzunehmen, so wie wir es zuletzt in der EP-Entschließung vom April 2024 getan haben.**

Eine altersgerechte, umfassende und urteilsfreie Beziehungs- und Sexualerziehung, die sich kritisch mit Geschlechternormen und der Machtdynamik in Beziehungen auseinandersetzt und die über die Geschlechtergleichstellung, die Einwilligung zum Sex und die Achtung von Grenzen informiert, ist für junge Menschen extrem hilfreich. Sie ist für die Entwicklung ihrer Fähigkeit, gesunde, gleichberechtigte und sichere Beziehungen einzugehen, unerlässlich und bildet die Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Wir fordern die Kommission zur Ergreifung konkreter Maßnahmen zum Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) auf, angefangen bei der Einsetzung eines **EU-Sonderbeauftragten für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** und der Aufnahme eines eigenen **Kapitels über die Lage dieser Rechte in den EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie**. Wir rufen Regierungen, Aktivist:innen, Frauenrechtsorganisationen und andere Einrichtungen dazu auf, Basisorganisationen, die sich mit restriktiven SRGR-Maßnahmen wie der Kriminalisierung in den Mitgliedstaaten befassen, mit Informationen, Kampagnen und Sachwissen zum Kapazitätsaufbau zu versehen.

Das Europäische Parlament hat im Juni 2021 **einen historischen Bericht über den Zustand der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte in der EU mit Blick auf die Gesundheit von Frauen** verabschiedet, der **von der S&D-Fraktion initiiert und vorangetrieben wurde**. Der Bericht war ein Meilenstein für die Position des Europaparlaments. Die Tatsache, dass ein Drittel der Abgeordneten dagegen gestimmt hat, macht jedoch deutlich, dass der Kampf für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die diesbezüglichen Rechte von Frauen noch nicht gewonnen ist.

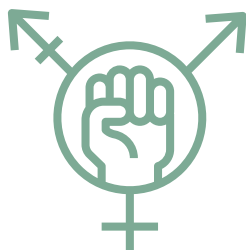
Die Sicherstellung der körperlichen Unversehrtheit zählt zu den Prioritäten unserer Fraktion. Da sich Prostitution grenzüberschreitend auf Frauen, ihre Rechte und die Geschlechtergleichstellung in der Gesellschaft auswirkt, muss das Thema auf europäischer Ebene angegangen werden, um sicherzustellen, dass Frauen überall dieselben Rechte und

Die Sicherstellung der körperlichen Unversehrtheit zählt zu den Prioritäten unserer Fraktion. Da sich Prostitution grenzüberschreitend auf Frauen, ihre Rechte und die Geschlechtergleichstellung in der Gesellschaft auswirkt, muss das Thema auf europäischer Ebene angegangen werden, um sicherzustellen, dass Frauen überall dieselben Rechte und denselben Schutz genießen.

denselben Schutz genießen. Wir sind stolz darauf, dass der **Bericht des Europäischen Parlaments über die Regulierung der Prostitution in der EU: ihre grenzübergreifenden Auswirkungen und ihr Einfluss auf die Gleichstellung und die Frauenrechte dank der Initiative der S&D-Fraktion im Juli 2023 mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde.**

In dem Bericht wird ein europaweiter Ansatz in Bezug auf die Prostitution gefordert, in dessen Mittelpunkt die Frauenrechte, der Schutz vor Gewalt und die Geschlechtergleichstellung stehen müssen. Weitere in dem Bericht genannte Forderungen sind die Entkriminalisierung von Menschen in der Prostitution und mehr Hilfen für alle, die aussteigen wollen, sowie die drastische Verringerung der Nachfrage, indem Sexkäufer und Personen, die von der Prostitution anderer profitieren, ins Visier genommen werden. Zwar wird eingeräumt, dass eine Minderheit aussagt, sich aus freien Stücken zu prostituieren, zugleich aber auch darauf verwiesen, dass die meisten Frauen die Prostitution verlassen würden, wenn sie eine realistische Alternative hätten. Der Bericht ist ein starkes Signal der Unterstützung an die Schwächsten in der Gesellschaft, die in ein System von Gewalt und Ausbeutung hineingezogen werden. Er ruft dazu auf, auf EU-Ebene Maßnahmen zur Abschaffung eines Systems zu ergreifen, das lediglich Menschenhändlern, Zuhältern und Sexkäufern nützt. Es wird nicht möglich sein, die Prostitution vollständig zu eliminieren. Dieser Bericht ist jedoch ein wichtiger Schritt, da er zu Gesetzesänderungen aufruft, um die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen eine europäische Lösung für ein europäisches Problem, das bislang ignoriert wurde. Solange die Gesellschaft akzeptiert, dass Frauen käuflich sind, kann es keine echte Geschlechtergleichstellung geben. Wir müssen daher in Präventions-, Bildungs- und Ausstiegsprogramme sowie in eine bessere Sozial- und Migrationspolitik investieren.

Abschließend möchten wir noch auf das wichtige **Thema der Leihmutterchaft** hinweisen: Der Körper einer Frau darf weder zum Kauf noch zur Miete angeboten werden. Die Leihmutterchaft erhöht das Risiko von Ausbeutung und Menschenhandel und die Gefahr der Kommodifizierung von Frauen und Kindern. Sie hat deutliche Auswirkungen auf Frauenrechte und die Geschlechtergleichstellung und grenzüberschreitende Folgen. **Wir fordern daher, dieses Thema auf EU-Ebene zu behandeln und dabei die Rechte und Bedürfnisse von Frauen in den Mittelpunkt zu stellen.**



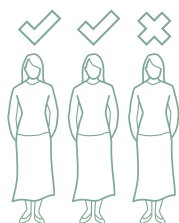
# MEHR WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT FÜR FRAUEN

65  
Millionen



## Armut ist weiblich und das Ergebnis lebenslanger Diskriminierung.

In Europa leben mehr als 65 Millionen Frauen in Armut, verglichen mit 57 Millionen Männern, und die Armut von **Frauen schafft auch Kinderarmut.**



1/3

Ein Drittel aller Frauen in der EU **geht keiner Erwerbstätigkeit nach.**

Jede dritte Frau in der EU hat keine bezahlte Arbeit. Hinzu kommt, dass die überwiegende Mehrheit aller Teilzeitarbeitsplätze in der Union von Frauen besetzt ist. Die Arbeit von Frauen ist seit jeher unterbewertet. Die horizontale ist ebenso wie die vertikale Arbeitsmarktsegregation in der EU weiterhin beträchtlich, wobei Frauen in schlechter bezahlten Sektoren überrepräsentiert sind. Wir wollen das Geschlechtergefälle bei Beschäftigung und Sozialschutz beseitigen und es bei freiwilligen und unfreiwilligen Teilzeitjobs verringern. Dies ist wichtig, wenn wir die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen in einer alternden europäischen Gesellschaft stärken wollen. Das beste Mittel, um Frauen eine sichere und angemessene Rentenhöhe zu gewährleisten, sind die Erhöhung ihrer Beschäftigungsquote, mehr hochwertige Arbeitsplätze für alle Altersgruppen, die Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und die Bereitstellung der erforderlichen öffentlichen Mittel. Geschlechterstereotypen sind im Patriarchat verwurzelt. Sie sorgen dafür, dass Frauen weiter nur eine untergeordnete Rolle in der Gesellschaft spielen. Sie tragen zu Diskriminierung und Lohnungleichheit bei, die ihrerseits zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und zur Feminisierung der Armut führen. Um das geschlechtsspezifische Lohn- und Rentengefälle zu beseitigen, müssen wir uns den strukturellen und miteinander verzahnten Ungleichheiten auf Haushalts-, Organisations- und Arbeitsmarktebene annehmen.

Auf Ebene der privaten Haushalte behindert die ungleiche Aufteilung unbezahlter Betreuungstätigkeiten zwischen Frauen und Männern die gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung und den beruflichen Aufstieg von Frauen. Die Folge ist, dass Frauen seltener in gesellschaftlich angesehenen Berufen tätig sind, ihre berufliche Laufbahn häufiger unterbrechen, öfter unfreiwillig Teilzeitarbeit leisten und in Niedriglohnsektoren mit prekären Arbeitsbedingungen überrepräsentiert sind. Außerdem sind mehr Frauen als Männer alleinerziehend. Die Doppelbelastung

Frauen stellen **die Mehrheit der Mindestlohnempfänger in Europa** und sind bei der Bezahlung unter Mindestlohn am häufigsten vertreten.



12%

Die Gesamtbeschäftigungsquote der Frauen ist fast 12 % **niedriger als die der Männer.**

von Beruf und Familie wird nach wie vor in erster Linie von Frauen geschultert. Frauen leisten im Durchschnitt täglich mehr als vier Stunden unbezahlte Betreuungsarbeit. Darüber hinaus stellen Frauen weltweit mehr als 70 Prozent aller Beschäftigten im Gesundheitswesen, Pflegeeinrichtungen eingeschlossen. Stellen in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Reinigungsfirmen, Lehranstalten, Apotheken und Lebensmittelläden werden hauptsächlich von Frauen ausgefüllt, die dort unverzichtbare Arbeit leisten. Dies wird systematisch ignoriert und unterbewertet und führt trotz Erwerbstätigkeit zu Armut. Gleichzeitig wird der signifikante wirtschaftliche und gesellschaftliche Beitrag, den Frauen zu unserem Wohlstand und Wohlergehen leisten, oftmals nicht genügend anerkannt. Dies wurde beispielsweise während der Coronapandemie deutlich.

Wir Sozialdemokrat:innen im Europäischen Parlament fordern die **gerechte Aufteilung unbezahlter Betreuungsaufgaben und häuslicher Arbeit, um Erwerbstätigkeit und Betreuung gleichmäßig auf Männer und Frauen in der Gesellschaft zu verteilen** ("equal earner-equal carer" Modell). Wir sind entschlossen, die **Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von 2019** zügig umzusetzen und die Betreuungspolitik so weiterzuentwickeln, dass Eltern- und Pflegezeitregelungen gleichberechtigt gefördert werden. Wir wollen die Umsetzung der **Barcelona-Ziele in der gesamten EU** beschleunigen, da eine hochwertige, zugängliche und erschwingliche Kinderbetreuung für die Arbeitsmarktteilnahme von Frauen besonders wichtig ist.

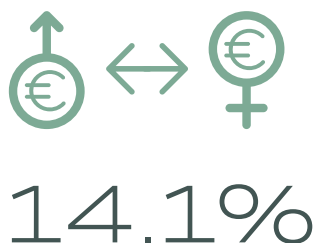


1/3

Ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in **Teilzeit, verglichen mit 8 % der erwerbstätigen Männer.**

Wir begrüßen daher die von den S&D-Kommissaren Helena Dalli und Nicolas Schmit vorangetriebene **Europäische Strategie für Pflege und Betreuung**, die 2022 angenommen wurde, als wichtigen Schritt im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte. Als Nächstes wollen wir die Strategie **zu einem ehrgeizigen Betreuungs- und Pflegedeal für Europa weiterentwickeln**, der mit verbindlichen Instrumenten, europäischen Bestimmungen und angemessenen öffentlichen Mitteln ausgestattet wird, um den Übergang zu einer echten Pflegewirtschaft zu unterstützen, die informellen und formellen Pflegekräften und den von ihnen betreuten Menschen nützt. Dieser Deal muss angemessene Arbeitsbedingungen und Löhne für alle Betreuungspersonen – überwiegend Frauen – beinhalten, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu sichern, die die Arbeit im Pflegesektor attraktiver machen. Wir werden





Das **geschlechtsspezifische Lohngefälle** liegt in der EU derzeit bei 14,1 %. Es hat sich **in den letzten Jahren kaum verringert** und führt zu einem Rentengefälle, das mit knapp 40 % sogar mehr als doppelt so hoch ist wie das Lohngefälle.

mit der EU-Kommission weiter an einem geschlechtergerechten Pflegekonzept arbeiten, das ein Recht auf Pflege festschreibt und als Rückgrat unserer Gesellschaft gewürdigt wird.

Die zunehmende Nutzung digitaler Hilfsmittel zu Arbeitszwecken hat einer Kultur der jederzeitigen Erreichbarkeit oder ständigen Rufbereitschaft Vorschub geleistet, die die Grundrechte der Beschäftigten einschränken und faire Arbeitsbedingungen unterlaufen kann. Es geht dabei um gerechte Entlohnung, die Begrenzung der Arbeitszeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, die physische und psychische Gesundheit, die Arbeitssicherheit und das allgemeine Wohlbefinden. Diese Kultur beeinträchtigt auch die Geschlechtergleichstellung, weil sie unverhältnismäßig viele Arbeitskräfte mit Betreuungsaufgaben betrifft, also überwiegend Frauen. **Die S&D-Fraktion fordert daher eine Richtlinie zum Recht auf Nichterreichbarkeit** und einen Rechtsrahmen, die Gleichstellungsaspekte berücksichtigen, bei der EU-weiten Definition von Mindestanforderungen für die Arbeit im homeoffice, und die sicherstellen, dass die Beschäftigungsbedingungen nicht durch Telearbeit ausgehebelt werden.

Frauen in der EU verdienen im Schnitt 14,1 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, wobei das geschlechtsspezifische Lohngefälle in den letzten zehn Jahren weitgehend gleichgeblieben ist. Wir begrüßen daher die kürzlich verabschiedete **Lohntransparenzrichtlinie, bei der die S&D-Fraktion von Beginn an die Führung übernahm**. Die Richtlinie verpflichtet alle Unternehmen zur Offenlegung von Informationen, die es den Beschäftigten in ein und demselben Betrieb erlauben, ihre Gehälter zu vergleichen. Unternehmen ab 100 Angestellten müssen zudem Abhilfe schaffen, wenn ihr Lohngefälle fünf Prozent übersteigt, und Personalchefs dürfen Stellenbewerber:innen künftig nicht mehr nach ihrem aktuellen Einkommen befragen. Die S&D-Fraktion hat strenge Straf- und Bußgeldvorschriften bei Nichteinhaltung durchgesetzt, die entscheidend dafür sein werden, dass die Unternehmen die Richtlinie auch wirklich ernst nehmen. Des Weiteren haben wir die Rolle der Sozialpartner bei der Umsetzung der Richtlinie gestärkt und sichergestellt, dass die Beweislast in Fällen von Lohndiskriminierung bei den Unternehmen und Arbeitgeber:innen liegt. Wir haben darauf bestanden, dass Lohngeheimhaltungsklauseln verboten werden, und dadurch

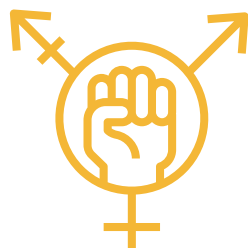
sichergestellt, dass sich alle Beschäftigten intern und extern über ihren Lohn austauschen dürfen, um ihr Recht auf Lohngleichheit zu schützen. Diese Richtlinie ist ein wichtiger Schritt, um das Muster der Lohnungleichheit zu durchbrechen. Allerdings wäre die S&D-Fraktion gern noch etwas weitergegangen: Wir hätten uns gewünscht, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe gilt. Dies wurde von den konservativen und liberalen Kräften im Parlament vereitelt. Bei einer künftigen Überarbeitung der Richtlinie werden wir diesen Punkt jedoch erneut zur Sprache bringen.

Bei der Lohntransparenzrichtlinie geht es um die Lohngleichheit in ein und derselben Branche. Die Hauptursache des geschlechtsspezifischen Lohngefälles ist jedoch die systematisch niedrigere Bezahlung in von Frauen dominierten Zweigen, verglichen mit den Löhnen in männerdominierten Bereichen. Aus diesem Grund möchte die S&D-Fraktion die Frage von **gleichem Lohn für „gleichwertige Arbeit“ sektorübergreifend lösen, um in allen Branchen eine gerechtere Entlohnung zu erzielen.**

Wir Sozialdemokrat:innen fordern die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner auf, Leitlinien zu entwickeln, anhand derer sich der Wert der Arbeit definieren und vergleichen lässt, sowie geschlechtsneutrale Kriterien für die Arbeitsbewertung einzuführen, wie etwa Ausbildung, Qualifikation, Kompetenz, Verantwortung, physische und psychische Belastung, damit eine gerechtere Bewertung und bessere Bezahlung der Arbeit in frauendominierten Sektoren möglich wird.

Tarifverträge sollten auch Lohndiskriminierung und die Unterbewertung der überwiegend von Frauen ausgeübten Tätigkeiten beinhalten und für Lohngleichheit sorgen. Außerdem **unterstützen wir geschlechtsneutrale Lebensläufe**, um Geschlechtervorurteile beim Einstellungsprozess in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen zu unterbinden. **Wir appellieren an die Kommission, einen Vorschlag für einen anonymisierten Europass-Lebenslauf vorzulegen.**





# ABSCHAFFUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER VERZERRUNGEN IM STEUER- WESEN

Zwar sind bestimmte medizinische Produkte in vielen Mitgliedstaaten von der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage ausgenommen, für Tampons und andere Menstruationsprodukte gilt dies aber nicht. Sie werden zudem als „Luxusgüter“ angesehen und auch so besteuert.

**Im Steuerwesen finden sich geschlechtsspezifische Verzerrungen**, da eine Wechselwirkung zwischen Steuervorschriften und sozioökonomischen Gegebenheiten besteht. Zwar wurden in den meisten Mitgliedstaaten Steuerbestimmungen abgeschafft, die explizit zwischen Männern und Frauen unterscheiden, es **herrschen aber weiterhin implizite Steuerunterschiede**. Das bedeutet, dass die Vorschriften äußerlich für alle gleichermaßen gelten, in Wahrheit aber eine Diskriminierung vorliegt, weil die Steuerpolitik auf geschlechtsspezifische Verhaltens- und Einkommensmuster trifft.

Die derzeitige nationale und europäische Steuerpolitik verstärkt die geschlechtsspezifischen Unterschiede (in den Bereichen Beschäftigung, Einkommen, unbezahlte Arbeit, Rente, Armut, Vermögen usw.), da sie Frauen – insbesondere bei einer gemeinsamen Veranlagung – davon abhält, in den Arbeitsmarkt einzutreten und dort zu bleiben, und damit traditionelle Geschlechterrollen reproduziert.

Außerdem unterscheiden sich weibliche und männliche Verbrauchsgewohnheiten, da Frauen mehr Waren und Dienstleistungen erwerben, die auf Gesundheit, Bildung und Ernährung abzielen. Berücksichtigt man zudem das niedrigere Einkommen von Frauen, so ist die Mehrwertsteuerlast von Frauen höher. Zwar sind bestimmte medizinische Produkte in vielen Mitgliedstaaten von der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage ausgenommen, für Tampons und andere Menstruationsprodukte gilt dies aber nicht. Sie werden zudem als „Luxusgüter“ angesehen und auch so besteuert. Dies zeigt, wie tief die Geschlechterungleichheit im Steuersystem verankert ist.

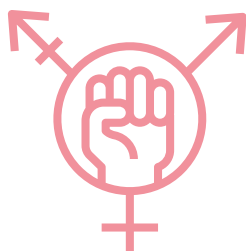


Für uns in der S&D-Fraktion steht fest: die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zur Steuergerechtigkeit für Frauen.

Für uns in der S&D-Fraktion steht fest: die **Individualbesteuerung ist der Schlüssel zur Steuergerechtigkeit für Frauen**. Wir rufen die Mitgliedstaaten dazu auf, die Individualbesteuerung einzuführen, ohne die finanziellen und andere Leistungen für Eltern in bestehenden Systemen der gemeinsamen Veranlagung abzubauen. Ferner appellieren wir an die Mitgliedstaaten, **für Waren und Dienstleistungen mit einer positiven sozialen, gesundheitlichen oder ökologischen Bilanz Befreiungen, Ermäßigungen und Nullsätze bei der Mehrwertsteuer vorzusehen, im Einklang mit der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie**.

Die EU-Kommission sollte **regelmäßig die Auswirkungen steuerpolitischer Maßnahmen auf die Geschlechter bewerten** und dabei Multiplikatoreffekte und implizite Verzerrungen in den Fokus nehmen, um sicherzustellen, dass die Steuermaßnahmen der EU keine mittelbare oder unmittelbare Diskriminierung bewirken. Wir wollen, dass die Kommission **bewährte Verfahren in der Steuerpolitik fördert**, die geschlechtsspezifische Auswirkungen berücksichtigen und die Geschlechtergleichstellung voranbringen, und dass sie in ihrem **jährlichen Bericht über die Steuertrends in der Europäischen Union** auch eine **Analyse nach Geschlechtern** vornimmt.





# PARITÄTISCHE VERTRETUNG VON FRAUEN

## 30%

Der durchschnittliche Anteil von Frauen im Parlament ist in den 27 EU-Mitgliedstaaten von 21 % auf 30 % gestiegen, wobei große nationale Unterschiede zu sehen sind.

## 89%

Allerdings sind 89 % der Staats- und Regierungsoberhäupter weiterhin Männer, und weniger als 20 % der wichtigsten politischen Parteien in der EU werden von einer Frau angeführt. In der Privatwirtschaft sind fast drei Viertel aller Vorstandsmitglieder Männer.

Gruppen, in denen Vielfalt herrscht, treffen bessere, integrativere und nachhaltigere Entscheidungen. Nur Entscheidungen, die alle Sichtweisen berücksichtigen, können den Weg für eine bessere Zukunft für alle ebnen. Frauen in Entscheidungspositionen sind außerdem wichtige Vorbilder für die nächste Generation, weil Kinder sehen müssen, dass der Platz von Frauen am Entscheidungstisch ist. Bei der **wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung** sind die Geschlechterungleichheiten noch sehr groß. Dabei geht es nicht nur um die schiere Zahl der vertretenen Frauen, sondern auch um ihre Positionen.

Deswegen fordern wir von der EU, mit gutem Beispiel voranzugehen, und fordern den Rat auf, eine **Ratsformation „Gleichstellung der Geschlechter“** einzurichten, da die EU eine Plattform für den zwischenstaatlichen Austausch über die Geschlechtergleichstellung und ein formales Forum für Minister:innen braucht, die für Fragen der Geschlechtergleichstellung und der Gleichstellung ganz allgemein zuständig sind.

Die S&D-Fraktion möchte, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen mitwirken.

Daher fordern wir, dass Frauen in der Politik und in Unternehmensvorständen stärker an Entscheidungsprozessen teilnehmen können, was sich durch **Quoten, reservierte Sitze und das sogenannte Reißverschlussprinzip**, aber auch durch eine bessere Kultur in Politik und Wirtschaft erreichen lässt, etwa durch die Einführung von **Verhaltenskodizes** und **Parteistatuten**, um das Bewusstsein für die Geschlechtergleichstellung zu schärfen. **Die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik ist ein ernstes Problem, da sie eine faire demokratische Vertretung verhindert.**

Betrachtet man die Zahl der Frauen, die in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse eingebunden sind, so ist die Situation nicht besser: Nur 30,6 Prozent aller Vorstandsmitglieder in den größten

Politikerinnen, Aktivistinnen und Journalistinnen sind **Zielscheibe von Gewalt**. Politische Gewalt ist geschlechtsspezifisch und zielt darauf ab, die Betroffenen mundtot zu machen.

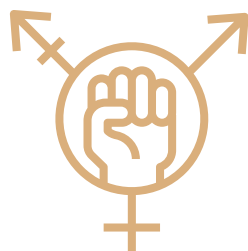
---

Die jüngsten Daten des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen bestätigen, dass **nur verbindliche Maßnahmen die Situation von Frauen ändern**: Trotz ähnlichem Ausgangsniveau (13 %) stieg **der Anteil der weiblichen Vorstandsmitglieder in den Ländern, die gesetzgeberisch tätig wurden, auf 36,4 %**, in den Ländern, die nur **sanfte Maßnahmen** einführten, auf **30,3 %** und in den Ländern, die **gar keine Maßnahmen** ergriffen, auf lediglich **16,6 %**.

börsennotierten Unternehmen der EU sind Frauen, wobei zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede herrschen. Derzeit existieren nur in sieben Mitgliedstaaten verbindliche Vorschriften zu Frauen in Aufsichtsräten, während neun Mitgliedstaaten überhaupt keine und zehn Mitgliedstaaten nur sanfte Maßnahmen ergriffen haben.

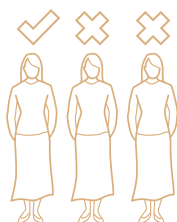
**Wir sind deshalb stolz und glücklich, dass die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten** nach zehn Jahren der Blockade durch konservative Regierungen im November 2022 endlich verabschiedet werden konnte, und zwar dank unserer kontinuierlichen Forderungen und unserer Verhandlungen über dieses wegweisende Gesetz. **Die von der S&D-Fraktion geführten Verhandlungen mündeten in verbindlichen Zielvorgaben, die das Geschlechterverhältnis in den Vorständen von Unternehmen in Europa ausgewogener gestalten sollen.** Die Richtlinie sieht ein offenes und transparentes Verfahren zur Sicherstellung eines Mindestanteils von 40 Prozent an Frauen in den Aufsichtsräten von EU-Unternehmen bis 2026 vor, wobei Quoten für Vorstände sowie für Aufsichtsräte festgelegt wurden, die im Mittel mindestens 33 Prozent betragen müssen. In den Mitgliedstaaten ist außerdem ein Sanktionsregime für Unternehmen einzurichten, die die neuen Rechtsvorschriften nicht erfüllen, zudem wurde eine Liste angelegt, aus der hervorgeht, welche Unternehmen die Ziele einhalten. Dies ist nicht nur ein großer Erfolg für die S&D-Fraktion, sondern auch für die europäische Wirtschaft, da Unternehmen mit der größten Vielfalt im Vorstand auch am erfolgreichsten sind. Es ist nun an den Mitgliedstaaten, die Richtlinie umzusetzen. Die S&D-Fraktion wird dies in der Legislaturperiode 2024-2029 genau verfolgen.





## SCHLUSS MIT DEM KREISLAUF DER GEWALT!

Belästigung, Cybermobbing, Femizid, sexistische Hasstiraden, Gewalt in Partnerschaften, tätliche Angriffe, Rachevideos, Stalking/Cyberstalking, Reproduktionszwang und Verweigerung sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche, sexualisierte Gewalt, Vergewaltigung, psychische Gewalt – genug ist genug!



# 1/3

Jede dritte Frau in der Europäischen Union, insgesamt also 62 Millionen Frauen, hat seit ihrem **15. Lebensjahr schon einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt** erfahren.



# 55%

Jede zweite Frau (55 %) ist **sexuell belästigt** worden.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt eine der häufigsten Grundrechtsverletzungen dar. Daher ist es Zeit zu handeln!

Aufgrund des kontinuierlichen Drucks vonseiten der S&D-Fraktion **hat die EU endlich die Istanbul-Konvention ratifiziert**, eine rechtsverbindliche internationale Menschenrechtsnorm zur umfassenden Bekämpfung, Verhütung und Verfolgung von Gewalt gegen Frauen.

Die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt steht seit jeher im Mittelpunkt unserer Arbeit, und **unser anhaltender Kampf für eine umfassende Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat sich endlich ausgezahlt**. Unter der Führung der S&D Kommissarin Helena Dalli legte die Europäische Kommission im Jahr 2022 endlich das erste Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt auf europäischer Ebene vor: die **Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**, die im April 2024 verabschiedet wurde. Die Richtlinie enthält einen umfassenden Ansatz zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, der Prävention, Schutz und Strafverfolgung einschließt. Entscheidend war der Vorschlag, auf Unionsebene sechs Straftatbestände zu schaffen, die damit in allen EU-Ländern auf dieselbe Weise verfolgt und definiert werden. Leider hat der Rat es abgelehnt, den Straftatbestand der Vergewaltigung, falls die sexuelle Handlung, wie in der Istanbul-Konvention vorgesehen, nicht einvernehmlich ist, in die Richtlinie aufzunehmen. Für die S&D-Fraktion war die einwilligungsbasierte Definition von Vergewaltigung in der Richtlinie zentral, da sie nicht nur den Zugang von Vergewaltigungsopfern zur Justiz verbessert, sondern auch gesellschaftliche Einstellungen verändert hätte, was letztlich zur Verhütung sexualisierter Gewalt beitragen kann. Wir werden



# 38%

aller Femizide werden von Intimpartnern begangen.

# 1/3

Weltweit gibt fast jede dritte Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren an, dass sie im Verlauf einer Beziehung **irgendeiner Form körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch ihren Intimpartner ausgesetzt** war.



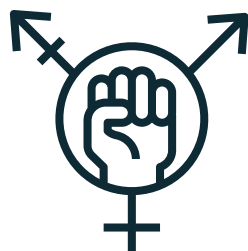
Auch der Online-Raum ist für Frauen weiterhin nicht sicher. Jede zehnte Frau in der EU ist seit ihrem 15. Lebensjahr **Opfer sexueller Belästigung durch digitale Werkzeuge** geworden.



dafür bei der Revision der Richtlinie weiterkämpfen. Die Richtlinie beinhaltet die Kriminalisierung von Straftaten im Online-Raum und von weiblicher Genitalverstümmelung. Darüber hinaus enthält sie Bestimmungen über die Verhinderung wiederholter Gewaltanwendung mittels Sensibilisierungskampagnen und Schulungen, die auf die Themen Einvernehmen, Grenzen und die Verantwortung aller abzielen sollten und das Ziel haben, geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden. Bei einer zukünftigen Revision der Richtlinie ist es außerdem notwendig, Leitlinien und Schulungen für Richter, Staatsanwälte, Polizei, Rechtsanwälte und alle Behörden einzuführen, die mit Opfern sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt umgehen.

Unser Kampf ist aber noch nicht zu Ende. Es ist unbestritten, dass geschlechtsspezifische Gewalt ein schwerwiegendes Verbrechen darstellt, daher ist es höchste Zeit, sie auch als solches zu behandeln. Wir empfehlen der Europäischen Kommission, die in der Gleichstellungsstrategie 2020-2025 formulierten Ziele zu erfüllen und einen **Vorschlag für einen Ratsbeschluss vorzulegen, in dem geschlechtsspezifische Gewalt als neuer Straftatbestand im Sinne von Artikel 83 Absatz 1 AEUV definiert ist. Nur dadurch wird es möglich sein, alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt auf EU-Ebene zu bekämpfen**, da die derzeitigen Richtlinienvorschläge nur Straftaten umfassen, die in der geltenden Rechtsgrundlage erfasst sind.

**Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf**, in Zusammenarbeit mit Eurostat, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen **qualitativ hochwertige, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten über alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu erheben und zugänglich zu machen. Außerdem appellieren wir an die Kommission, ein EU-Protokoll über die Gewalt gegen Frauen in Krisen- und Notsituationen zu erstellen**, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern und die Opfer zu unterstützen, indem ihnen grundlegende Schutzmaßnahmen wie EU-Hotlines, sichere öffentliche Unterkünfte und Gesundheitsdienste angeboten werden.



## DIE GESCHLECHTER- PERSPEKTIVE MACHT DIE ZUKUNFT GRÜNER

Mehr muss getan werden, um sicherzustellen, dass Frauen die Chancen nutzen können, die die ökologische Wende mit sich bringt.

Die Klimakrise geht Hand in Hand mit der Geschlechterungleichheit, da sie durch systemische Ungleichheiten und die Diskriminierung von Frauen verursacht und verstetigt wird. **Frauen und Mädchen sind leidenschaftliche Kämpferinnen für den Wandel**, weshalb sie gleichberechtigt an politischen Entscheidungen mitwirken und in Branchen vertreten sein sollten, die für den ökologischen Wandel wichtig sind.

**Die im Paket „Fit für 55“ geplanten Maßnahmen müssen mit einer klaren Geschlechter- und sozialen Dimension konzipiert und umgesetzt werden.** Für die Sanierungs- und Innovationsvorhaben, die die grüne Umstellung erfordert, sind hohe Investitionen in Arbeitskräfte, hochwertige Arbeitsplätze und Umschulungen nötig, wobei Frauen bei den genannten Aspekten mit zu berücksichtigen sind.

**Bei der Umstellung auf grüne Energie** muss die Politik größeres Augenmerk auf Geschlechtergerechtigkeit legen, da Frauen und Männer Energiearmut auf unterschiedliche Weise erleben und aufgrund von Einkommensunterschieden, Wohnverhältnissen, Betreuungsaufgaben und Alter nicht im selben Maß von Energiearmut betroffen sind. Einkommensschwachen Haushalten und insbesondere alleinstehenden Frauen und Müttern sollte der Zugang zu einer bezahlbaren Wärme- und Stromversorgung garantiert werden. Zudem muss mehr getan werden, um sicherzustellen, dass Frauen die Chancen nutzen können, die die ökologische Wende mit sich bringt, etwa indem die geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Beschäftigungsunterschiede im Bereich der erneuerbaren Energien verringert werden. Hier sind vor allem der Zugang zu Bildung, Umschulung und Weiterqualifizierung sowie die schulische und berufliche Förderung von Frauen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu nennen.

Wir fordern alle Verantwortlichen dringend auf, die im ILO-Übereinkommen Nr. 190 über Gewalt und Belästigung festgelegten Standards zu fördern und unverzüglich eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz durchzusetzen.

**Frauen sind auch für die Gestaltung einer intelligenten Mobilitätspolitik wichtig.** Derzeit werden die Konzeption, Planung, Umsetzung und Bewertung von Verkehrs- und Mobilitätslösungen geschlechtsunabhängig betrieben, sodass bestehende geschlechtsspezifische Vorurteile, Normen und Ungleichheiten in der Gesellschaft wegen des fehlenden Vorkommens von Frauen in diesem Bereich weitergeführt werden. Daher **fordern wir die EU-Kommission auf, die Geschlechtergleichstellung bei allen Rechtsvorschriften, Strategien, Programmen und Maßnahmen im Verkehrsbereich zu berücksichtigen und geschlechtsspezifische Kriterien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Mobilitätsplanung mit aufzunehmen.** Wir treten für das Recht auf sichere und attraktive Arbeitsplätze im Verkehrssektor ein, an denen alle Beschäftigten gewaltfrei und ohne sexuelle Belästigung arbeiten können und wo Arbeitsschutzmaßnahmen gewährleistet sind, etwa durch den Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen, den richtigen Werkzeugen, Gerätschaften und Arbeitskleidung, und wo eine gute Work-Life-Balance herrscht.

In diesem Zusammenhang **fordern wir alle Verantwortlichen dringend auf, die im ILO-Übereinkommen Nr. 190 über Gewalt und Belästigung festgelegten Standards zu fördern und unverzüglich eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz durchzusetzen.**

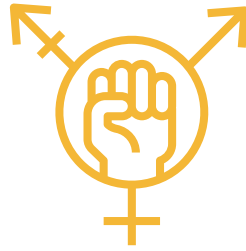
Obwohl Frauen 51 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, wurden der Art ihrer Umwelterfahrung bislang keine große Aufmerksamkeit geschenkt und weder Räume noch Strukturen für ihre Beteiligung geschaffen, die dafür sorgen könnten, dass Frauen gerecht vertreten sind und ihr Wissen über die Gebiete und Städte, in denen wir leben, weitergeben können. Wir benötigen daher eine **geschlechtersensible Stadtplanung**, die eine aktivere Mitwirkung von Frauen an Entscheidungs-, Diagnose-, Transformations- und urbanen Gestaltungsprozessen möglich macht. Die Einbindung von Frauen würde dazu beitragen, die Themen sichtbarer zu machen, die sie am meisten berühren, und das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Dingen wie Sicherheit, Zugänglichkeit und Mobilität zu fördern, die den Alltag von Frauen prägen. Dies muss bei der Umsetzung der **Neuen Leipzig-Charta** angegangen werden. Auch Initiativen wie das **Neue Europäische Bauhaus**, die die Qualität der Räume und Städte, in denen wir leben, verbessern sollen, müssen eine Geschlechterperspektive erhalten.



Geschlechtergleichstellung und Prinzipien der Nichtdiskriminierung sollten integrativer Bestandteil sein bei der Vorbereitung, Implementierung und Evaluierung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die verstärkte Beteiligung von Frauen an der sozioökonomischen Entwicklung **ländlicher Gebiete** sollte besondere Beachtung finden. Die Arbeit, die Frauen zumeist als Familienmitglieder männlicher Landwirte leisten, wird häufig nicht als gleichwertig gesehen, was sich auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen auswirkt.

**Durch die Verordnungen über die Gemeinsame Agrarpolitik sollte gewährleistet werden, dass die von Frauen geleistete Arbeit sichtbarer, stärker gewürdigt und bei den spezifischen Zielen berücksichtigt wird, die die Mitgliedstaaten in ihren Strategieplänen ausweisen. Wir fordern Maßnahmen zur stärkeren Einbindung von Frauen in die ländliche Wirtschaft,** und zwar durch Förderung ihrer Mitwirkung beim Wissenstransfer und bei Informationsmaßnahmen, bei Beratungsleistungen, Investitionen in Sachanlagen, der Gründung und Entwicklung von landwirtschaftlichen und ländlichen Unternehmen, der Installation digitaler Technologien und bei Kooperationen.

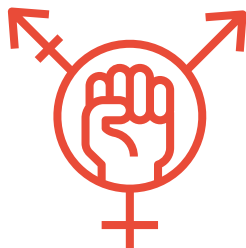


## GESCHLECHTERSENSIBLER DIGITALER WANDEL

Die Bedeutung dieser Bereiche und der zugehörigen Arbeitsplätze nimmt stetig zu, weshalb wir dafür sorgen müssen, dass Frauen hier nicht weiter hinterhinken

Schätzungen zufolge gibt es in der EU acht Millionen IKT-Experten, von denen lediglich 17 Prozent Frauen sind. In der KI-Branche finden sich weltweit 22 Prozent Frauen. Die Bedeutung dieser Bereiche und der zugehörigen Arbeitsplätze nimmt stetig zu, weshalb wir dafür sorgen müssen, dass Frauen hier nicht weiter hinterhinken. **Die Geschlechtergleichstellung bei Maßnahmen und Programmen im Bereich der digitalen Bildung**, die durch sichere Lernräume für Mädchen, die Aufklärung von Eltern und Lehrkräften über Geschlechterstereotypen und die Schaffung weiblicher Vorbilder erreicht werden kann, ist der erste Schritt zur Überwindung der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern und zur Beseitigung der „Leaky Pipeline“ – also des sinkenden Frauenanteils auf höheren Karrierestufen – im Bereich der digitalen Bildung. Wir brauchen **EU-weite Kampagnen zum lebenslangen Lernen, die an Frauen gerichtet sind**, um deren digitale Kompetenzen zu verbessern.

Deshalb **fordern wir die EU-Kommission auf, die Geschlechtergleichstellung in IKT-Unternehmen und verwandten Bereichen zu fördern**, etwa durch die Finanzierung von Projekten im digitalen Sektor, die von Frauen geleitet werden, und durch Vorgaben zur Mindestzahl von Forscherinnen, die an IKT-Projekten teilnehmen. Darüber hinaus erfordert die Digitalisierung die Einführung eines **wirksamen Rechtsrahmens für Online-Plattformen**, der die Art und Weise reguliert, wie unsere Gesellschaft kommuniziert und Informationen bezieht. Wir müssen dafür sorgen, dass Social-Media-Plattformen keine diskriminierenden Praktiken anwenden und weder Ausbeutung noch Ausgrenzung fördern, von denen insbesondere Frauen betroffen sind. Genauso wichtig sind strenge Schutzmaßnahmen bei Algorithmen, die von KI-Systemen gesteuert werden, um bei deren Verwendung geschlechtsspezifische Verzerrungen zu vermeiden.



## FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Die Notwendigkeit einer feministischen Außenpolitik wird nicht nur am Krieg Russlands gegen die Ukraine deutlich. Die Frauen in der Ukraine sind unverhältnismäßigen Risiken ausgesetzt, darunter sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalttaten, die als Kriegswaffe eingesetzt werden, sowie der Gefahr des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

Die EU muss eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik betreiben, zu deren übergeordneten Zielen die Verwirklichung von Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung zählen. Eine ausgewogene Repräsentation von Frauen und Mädchen bei außenpolitischen Maßnahmen ist extrem wichtig, da sie unverhältnismäßig stark von Gewalt, Armut, bewaffneten Konflikten und den Auswirkungen von Klima-, Gesundheits- und anderen Notlagen betroffen sind. Die sinnvolle Einbindung von Frauen und Mädchen in die Verhütung und Beilegung von Konflikten, den Wiederaufbau nach deren Beilegung und die Friedenssicherung erhöht die Nachhaltigkeit und Erfolgchancen des Friedens und die Widerstandsfähigkeit lokaler Gemeinschaften. Aktivistinnen, Erzieherinnen und weibliche Führungsfiguren in Konfliktgebieten zu schützen und zu unterstützen, muss bei allen Konfliktlösungsstrategien der EU Priorität haben.

Die Notwendigkeit einer feministischen Außenpolitik wird nicht nur am Krieg Russlands gegen die Ukraine deutlich. Die Frauen in der Ukraine sind unverhältnismäßigen Risiken ausgesetzt, darunter sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalttaten, die als Kriegswaffe eingesetzt werden, sowie der Gefahr des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Der Zugang von Frauen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den zugehörigen Rechten, etwa zu einer sicheren und legalen Betreuung bei Schwangerschaftsabbrüchen in Krisenzeiten, darf zu keiner Zeit gefährdet sein. In einigen EU-Mitgliedstaaten ist dies leider derzeit der Fall. Bekanntlich nehmen Frauen in der Ukraine nicht nur an Kämpfen teil, sie leisten auch jenseits davon als zweite Verteidigungslinie wichtige Unterstützung. All das zeigt, dass eine gleichberechtigte und sinnvolle Repräsentation von Frauen der Schlüssel zum Aufbau einer widerstandsfähigeren Gesellschaft ist.





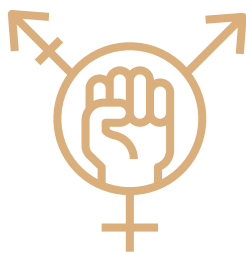
Die EU muss eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik betreiben, zu deren übergeordneten Zielen die Verwirklichung von Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung zählen.

**Die EU sollte mit gutem Beispiel vorangehen**, indem sie für eine **geschlechterparitätische Vertretung von Frauen in den Schlüsselpositionen** des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der einschlägigen Kommissionsdienststellen, der außerhalb der EU tätigen europäischen Agenturen und ihrer Delegationen sorgt. **Wir wollen, dass Frauen stärker in diese Strukturen eingebunden werden**, um ihre direkte Repräsentation zu gewährleisten und den Einrichtungen die Ergreifung möglichst effektiver Maßnahmen zu ermöglichen.

Wir begrüßen den dritten EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III), weisen aber erneut darauf hin, dass bei **85 Prozent aller neu aufgelegten außenpolitischen Maßnahmen die Geschlechtergleichstellung ein wichtiges oder sogar das Hauptziel sein muss und dass 20 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe in jedem Land in Programme fließen müssen, bei denen die Geschlechtergleichstellung eins der Hauptziele ist**. Wir bestehen auf der **systematischen Durchführung gründlicher geschlechtsspezifischer Analysen, der Erhebung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten, einer geschlechtssensiblen Haushaltsplanung und geschlechterdifferenzierten Folgenabschätzungen** als Grundlage für die Gestaltung der gesamten Außenfinanzierung der EU und der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Teilnahme an politischen Dialogen. Es braucht Investitionen in Wissen, Ressourcen und interne Sachkenntnis über die Geschlechtergleichstellung in den EU-Delegationen, damit der dritte Aktionsplan für die Gleichstellung adäquat umgesetzt werden kann.

Wir benötigen eine **feministische Migrationspolitik, die die Bedürfnisse von Migrantinnen und asylsuchenden Frauen und Mädchen und deren Menschenrechte achtet**. Dazu müssen wir endlich einen umfassenden Migrations- und Asylrahmen verabschieden, der sich an den Erfahrungen dieser Personen orientiert. Die Festung Europa sollte eine Festung sein, die Rechte und Menschen schützt, anstatt sie auszuschließen.





## POLITIK, DIE FRAUEN NÜTZT

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament will erreichen, dass das Prinzip der Gleichstellung in jede einzelne Phase von Strategien, Programmen und Projekten integriert wird.

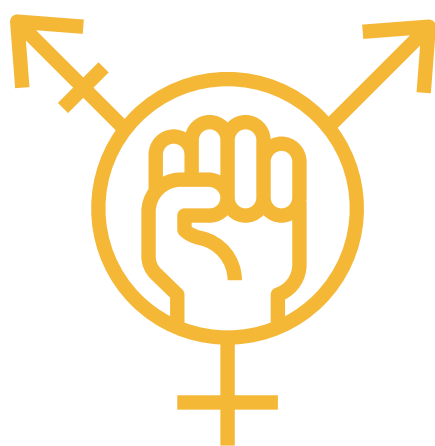
Die vorstehende Erörterung zeigt deutlich, dass die Geschlechterfrage in allen Feldern anzutreffen ist. Die Gleichstellung der Geschlechter kann daher nur durch ein bereichsübergreifendes Vorgehen verwirklicht werden, das alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst. Die global anerkannten Instrumente hierfür sind das **Gender-Mainstreaming** und das **Gender-Budgeting**.

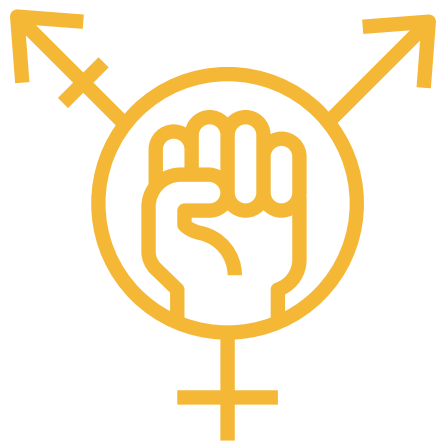
Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament will erreichen, dass die **Gleichstellung in jede einzelne Phase von Strategien, Programmen und Projekten integriert wird**. Frauen und Männer haben unterschiedliche Bedürfnisse, Lebensbedingungen und -umstände. Dies äußert sich in ihrem ungleichen Einfluss und Zugang zu Macht, Ressourcen, Menschenrechten, Institutionen und zum Rechtssystem. Außerdem unterscheidet sich die Situation von Frauen und Männern je nach Land, Region, wirtschaftlichem Status, Alter, ethnischer oder sozialer Herkunft, Rasse, Behinderung und anderen Faktoren. **Gender-Mainstreaming bedeutet, diese Unterschiede bei der Gestaltung, Umsetzung und Bewertung von Strategien, Programmen und Projekten zu berücksichtigen, damit sie Frauen genauso zugute kommen wie Männern und die Ungleichheit nicht verstärken, sondern die Gleichstellung der Geschlechter fördern.**

Das Gender-Mainstreaming sollte auch für Bereiche gelten, die auf den ersten Blick nicht geschlechtsspezifisch erscheinen, etwa Besteuerung, Handel, Mobilitätsgestaltung und, wie oben dargelegt, die ökologische Wende. Beim Gender-Mainstreaming werden verborgene Ungleichheiten und Verzerrungen sichtbar.



Die Ergänzung zum Gender-Mainstreaming bildet das **Gender-Budgeting**, also die Anwendung des **Gender-Mainstreaming-Verfahrens auf die Haushaltsplanung**. Wir wollen, dass die geschlechterbasierte Bewertung von Haushalten zur Norm wird. Die Geschlechterperspektive muss auf allen Ebenen des Haushaltsverfahrens integriert und die Einnahmen und Ausgaben so umstrukturiert werden, dass sie zum **Erreichen der Gleichstellungsziele** beitragen. Die Europäische Kommission muss sicherstellen, dass das Gender-Budgeting auf den gesamten EU-Haushalt angewandt wird und die Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs vollständig umgesetzt werden, also auch bei der Halbzeitüberprüfung des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens und der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität.









Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



TheProgressives



socialistanddemocrats



socsanddems



socialistsanddemocrats



Socialists and Democrats



Socialists and Democrats



socialistsanddemocrats